

**abgeschlossen am  
28. Januar 2004**

	<u>Seite</u>
<b>1. Congress schließt Haushaltsbewilligungsprozess 2004 ab</b>	<b>1</b>
<b>2. Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 108. Congress: Profilierung und Polarisierung</b>	<b>2</b>
<b>3. Ausblick auf die 2. Sitzungsperiode des 108. Congress: Polarisierung und Stillstand</b>	<b>5</b>
<b>4. Demokratischer Abgeordneter wechselt zur republikanischen Fraktion</b>	<b>6</b>
<b>5. Präsidentschaftswahlen: Kerry überrascht in Iowa und New Hampshire</b>	<b>7</b>
<b>6. "Primaries" und "Caucuses" im US-Wahlsystem</b>	<b>9</b>
<b>7. Anhang: Terminüberblick Demokratische Primaries und Caucuses 2004</b>	<b>12</b>

**1/2004**

**0. Der 108. Congress hat am 20. Januar 2004 seine 2. Sitzungsperiode begonnen. Die Sitzverteilung sieht wie folgt aus:**

	Republikaner	Demokraten	Unabhängige
<i>Repräsentantenhaus</i> *	229	204	1
<i>Senat</i>	51	48	1

\* plus eine nicht besetzte Position (Republikaner Ernie Fletcher, der am 8.12.2003 zurückgetreten ist, um Gouverneur von Kentucky zu werden)

**1. Congress schließt Haushaltsbewilligungsprozess 2004 ab**

Einhundertvierzehn Tage nach dem rechnungstechnischen Beginn des Haushaltsjahres 2004 hat der Congress am 22. Januar 2004 seinen Haushaltsbewilligungsprozess mit der Verabschiedung einer *Omnibus Spending Bill* abgeschlossen (vgl. CR 12/2003, S. 4).

Die Sammelbewilligung für die bisher noch offenen sieben Bewilligungsgesetze in den Bereichen

- *Agriculture/Commerce, Justice, State, and the Judiciary/District of Columbia/Foreign Operations/Labor, Health, Human Services, and Education/Transportation and Treasury* sowie *Veterans, Housing, NASA and EPA*

hat einen Umfang von insgesamt 328 Mrd. USD und enthält mehrere Tausend sogenannter „earmarks“ mit einem geschätzten Volumen von mehr als 6 Mrd. USD. Darunter versteht man einzelne, den Bewilligungsgesetzen hinzugefügte Ausgabenzuschreibungen, die nicht unbedingt in einem engen Sachzusammenhang zur entsprechenden Gesetzesvorlage stehen und häufig einzig und allein die regionalen bzw. lokalen Interessen einzelner Parlamentarier widerspiegeln.

Die Demokraten im Senat hatten die Verabschiedung der Sammelbewilligung zunächst mittels *filibuster* blockiert, unter anderem, weil sie eine klarere Kennzeichnungspflicht für die Herkunft von Fleischprodukten vermissten. Nachdem die Republikaner unter der Führung von *Senate Majority Leader* Bill Frist (Tenn.) sie jedoch öffentlich der Blockadepolitik bezichtigten, bröckelte der Widerstand, und der Senat stimmte der *Omnibus Spending Bill* am Ende mit 65:28 Stimmen zu. „Niemand“, so *Senate Minority Leader* Thomas Daschle (D-S.D.), „will beschuldigt werden, die Regierung zum Stillstand zu bringen“.

## 2. Bilanz der 1. Sitzungsperiode des 108. Congress: Profilierung und Polarisierung

Die 1. Sitzungsperiode des 108. Congress stand im Zeichen parteipolitischer Polarisierung und Profilierung. Folgt man den jüngsten Untersuchungen des *Congressional Quarterly*, dann war die Bereitschaft zur politischen Polarisierung zwischen den Parteien im Congress statistisch gesehen im Jahr 2003 sehr ausgeprägt.

Im Repräsentantenhaus stimmten die Demokraten in 87 Prozent der Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen die republikanische Mehrheit. Bei den Republikanern wiederum lag der sogenannte *party unity score* bei 91 Prozent und war damit genauso hoch wie 1995 als Newt Gingrich nach dem Erdrutschsieg der Republikaner in den Congress-Wahlen 1994 eine kompromisslose Strategie der Polarisierung gegenüber Präsident Clinton betrieben hatte (vgl. CR 11/1995, S. 1).

Im Senat, wo die Bereitschaft zur parteipolitischen Profilierung traditionell weit geringer ausgeprägt ist als im Repräsentantenhaus, war die Polarisierung in der 1. Sitzungsperiode des 108. Congress statistisch gesehen ebenfalls sehr stark. So stimmten die Republikaner in 94 Prozent aller Abstimmungen mit der Mehrheit ihrer Partei gegen eine Mehrheit der Demokraten. Umgekehrt votierten die Demokraten im Senat in 85 Prozent aller Abstimmungen entlang der Fraktionspositionen gegen die Republikaner. Folgt man den Untersuchungen des *Congressional Quarterly*, dann ist dieser Wert statistisch gesehen so hoch wie seit den 1960er Jahren nicht mehr. Diese Entwicklung kann mit der veränderten Zusammensetzung der Fraktionen im Senat in Zusammenhang gebracht werden, da hier sowohl bei den Demokraten als auch den Republikanern die gemäßigten Flügel stetig an Bedeutung und Einfluss verlieren. Die Bereitschaft zur parteipolitischen Profilierung und Polarisierung ist aber auch Ausdruck der heranrückenden Wahlen 2004, die beide Parteien zur Schärfung ihres parteipolitischen Profils zwingen.

Präsident Bush konnte unter den Bedingungen des *unified government* (mit republikanischen Mehrheiten in beiden Kammern des Congress) den Aushandlungsprozess zwischen Kapitol und Weißem Haus sowohl in der Außen- als auch in der Innenpolitik stark bestimmen. Das unterstreichen wiederum die Berechnungen des *Congressional Quarterly*, nach denen sich Bush in seinem dritten Amtsjahr in 78,7 Prozent jener Vorlagen, zu denen er eine Position bezogen hatte, gegenüber dem Congress durchsetzen konnte. Das ist im historischen Vergleich der höchste statistische Durchsetzungswert seit der Amtszeit Präsident Johnsons.

Zum Vergleich: Präsident Bush Sr. konnte sich in seinem dritten Amtsjahr 1991 nur mit 54,2 Prozent seiner Vorlagen gegenüber dem Congress durchsetzen. Bei Clinton lag dieser Wert in dessen drittem Amtsjahr 1995 gar nur bei 36,2 Prozent. Die Dominanz Bushs wird statistisch gesehen auch in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlich, wo sich der Präsident im Jahr 2003 mit 72 Prozent seiner Vorlagen gegenüber dem Congress durchsetzen konnte. Zum Vergleich: Im Vorjahr 2002 war ihm dies (un-

ter den Bedingungen eines *divided government*) in 67 Prozent der außen- und sicherheitspolitischen Vorlagen gelungen (vgl. CR 1/2003, S. 4).

Bushs dominante Position gegenüber dem Congress in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik wurde sicher durch die veränderte Bedrohungslage seit dem 11. September befördert als das Thema „nationale Sicherheit“ Priorität gewann. Im Zuge des Irak-Krieges, der am 20. März 2003 begann, setzte zudem ein *rally-around-the-flag*-Effekt ein, dem sich auch die Demokraten nicht entziehen konnten (vgl. CR 3/2003, S. 1). Zwar hatten deren Fraktionsspitzen Nancy Pelosi (Cal.) im Repräsentantenhaus und Thomas A. Daschle (S.D.) im Senat massive Kritik an der Kriegspolitik des Präsidenten vor dem Beginn der Kampfhandlungen geäußert und fühlten sich dabei von Kirchen und Gewerkschaften in den Vereinigten Staaten unterstützt. Nach Beginn der Kampfhandlungen verstummte diese Kritik jedoch weitgehend. Das wurde auch an der Verabschiedung des ersten Nachtragshaushalts zur Deckung der Kosten des Irak-Krieges in Höhe von 78,5 Mrd. USD deutlich, dem der Congress ohne Wenn und Aber folgte (vgl. CR 4/2003, S. 2). Das galt auch für einen weiteren Nachtragshaushalt in Höhe von 87 Mrd. USD (vgl. CR 11/2003, S. 1).

Freilich begann sich im Lichte der zunehmenden Unzufriedenheit der amerikanischen Öffentlichkeit mit der Irak-Politik der Administration auf Grund einer steigenden Zahl amerikanischer Verwundeter und Gefallener im Irak das Bild im Herbst 2003 zu ändern, zumal Waffeninspekteur David Kay gegenüber dem Congress eingestehen musste, dass keine Massenvernichtungswaffen im Irak gefunden werden konnten. Wachsende Kritik gab es dabei nicht nur an nachrichtendienstlichen Pannen im Vorfeld des Irak-Krieges (vgl. CR 6/2003, S. 2; CR 7-8/2003, S. 3; CR 10/2003, S. 7), sondern auch an der Arbeit der Sicherheitsdienste im Vorfeld des 11. September (vgl. CR 7-8/2003, S. 1).

Die Dominanz Präsident Bushs im institutionellen Aushandlungsprozess US-amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik belegt auch die Bewilligung des Rekordrüstungshaushaltes 2004 durch den Congress (vgl. CR 10/2003, S. 3). Er umfasst ein Volumen von 369 Mrd. USD und liegt faktisch weit über 400 Mrd. USD, wenn man die Kosten für den Irak-Krieg hinzu rechnet. Hier folgte der Congress mit überparteilicher Mehrheit den Vorstellungen der Administration, was auch darin zum Ausdruck kam, dass beide Kammern zusammen gerade mal drei Stunden im Plenum über die Annahme der Vorlage des Vermittlungsausschusses zur *Defense Appropriation* 2004 debattierten.

Wie groß die Bereitschaft des Congress war, dem Präsidenten in der Außen- und Sicherheitspolitik in dessen drittem Amtsjahr zu folgen, unterstreicht auch die Mittelzuweisung für das neugeschaffene Superministerium für Innere Sicherheit (*Department of Homeland Security*), wo das Repräsentantenhaus sich mit 417:8 Stimmen, der Senat sogar einstimmig, für eine Bewilligungssumme in Höhe von 30,4 Mrd. USD aussprach (vgl. CR 10/2003, S. 2), ohne auf mögliche Probleme der parlamentarischen Kontrolle der neuen Mammutbehörde einzugehen.

Kritik gab es dagegen am „Patriot Act“ (*Public Law 107-56*), mit dem die Legislative der Exekutive nach dem 11. September weitreichende Befugnisse in der Terrorismusbekämpfung eingeräumt hatte (vgl. CR 10/2001, S. 1). Hier sprach sich das Repräsentantenhaus im Sommer 2003 mit der großen Mehrheit von 309:118 Stimmen dafür aus, keine Mittel für Hausdurchsuchungen ohne vorherige richterliche Genehmigungen im Rahmen des Bewilligungsetats für das Justizministerium 2004 zur Verfügung zu stellen. Wenngleich diese Bestimmung später wieder fallen gelassen wurde, deutet sie doch die Unzufriedenheit einer wachsenden Zahl von Mitgliedern des Congress in beiden parteipolitischen Lagern mit einer weiteren Verschärfung der Sicherheitsgesetze an, wie sie Justizminister John Ashcroft derzeit betreibt (vgl. CR 9/2003, S. 6).

Bemerkenswerte Erfolge können Präsident Bush und die Republikaner auch in der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik aufweisen. Zu nennen sind vor allem die Durchsetzung von Steuererleichterungen zur Ankurbelung der Konjunktur (vgl. CR 6/2003, S. 1), das von Konservativen seit längerem geforderte Verbot einer umstrittenen Methode des Schwangerschaftsabbruchs (*Partial Birth Abortion Ban*, vgl. CR 11/2003, S. 2) und die Medikamenten-Zusatzversicherung unter Medicare (vgl. CR 12/2003, S. 1).

Obwohl die republikanischen Initiativen in allen drei Fällen auf den entschiedenen Widerstand der demokratischen Opposition stießen, gelang es der Administration und den Fraktionsführungen in teilweise zähen Verhandlungsprozessen in beiden Kammern des Congress Mehrheiten für die Vorlagen zu gewinnen. Allerdings sind die Kosten der gleichermaßen geschickten wie harten Verhandlungsstrategie der Republikaner nicht zu übersehen.

Zum einen musste die Administration den Vorbehalten der Demokraten wie der Kritiker in den eigenen Reihen weit entgegenkommen, ohne damit einen breiten Konsens schaffen zu können. Die zeitliche Befristung und Halbierung der Steuersenkungsvorschläge ebenso wie die großzügigere Ausgestaltung der Medikamenten-Zusatzversicherung unter Verzicht auf geforderte marktorientierte Reformen von *Medicare* lösten unter konservativen Republikanern spürbaren Unmut aus.

Zum anderen führte der massive Druck auf die Opposition und deren Ausklammerung aus wichtigen Verhandlungen (ungeachtet der pragmatischen Vorgehensweise der Administration) zu einer Verhärtung der Fronten zwischen den Parteien. Die lange Liste der blockierten wie der nicht weiter behandelten Gesetzesvorhaben, von der Energiepolitik (vgl. CR 12/2003, S. 5) über die Novellierung des Sozialhilfegesetzes (vgl. CR 2/2003, S. 5) und die Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit (vgl. CR 4/2003, S. 8) bis hin zu der vorgeschlagenen Beschränkung von Schmerzengeldern bei medizinischen Behandlungsfehlern (vgl. CR 7-8/2003, 6), demonstriert, dass Bush kaum noch auf Entgegenkommen von demokratischer Seite setzen kann.

Umgekehrt verringerte die verschärfte Polarisierung die Handlungsspielräume der Demokraten. Von der Verlängerung der Arbeitslosenhilfe zu Anfang des Jahres (vgl. CR 1/2003, S. 3) abgesehen, gelang es den Demokraten nicht wie in den Vorjahren eigene Akzente zu setzen.

### 3. Ausblick auf die 2. Sitzungsperiode des 108. Congress: Polarisierung und Stillstand

Die 2. Sitzungsperiode des 108. Congress dürfte ganz im Zeichen der November-Wahlen 2004 stehen, die beide Seiten zur parteipolitischen Profilierung zwingt. Die Republikaner sind hier in einer strategisch besseren Ausgangsposition, weil sie auf ihre legislativen Erfolge des vergangenen Jahres im Bereich der Innenpolitik wie z.B. die Verabschiedung der Medikamenten-Zusatzversicherung und ein weiteres Steuer-senkungspaket verweisen können (vgl. Punkt 2). Entsprechend könnten sie versuchen, die programmatischen Unterschiede zu den Demokraten in diesen Themenfeldern zu akzentuieren, ohne weitere weitreichende Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen. Die Demokraten umgekehrt dürften darum bemüht sein, die Defizite der legislativen Agenda der Republikaner, z.B. im Bereich der Energiepolitik, aber auch mit Blick auf die Medikamentenzusatzversicherung herauszustreichen. Polarisierung und Stillstand dürften die Folge sein.

Insgesamt bleiben Republikanern und Demokraten in der 2. Sitzungsperiode des 108. Congress etwa 100 Sitzungstage, um legislative Akzente zu setzen, weil die Parteikon-vente der Demokraten in Boston Ende Juli sowie der Republikaner Ende Au-gust/Anfang September 2004 eine sechswöchige Sitzungspause erforderlich machen. Bedenkt man zudem, dass der Congress seinen Haushaltsbewilligungsprozess bis An-fang Oktober 2004 abgeschlossen haben sollte, um genügend Raum für die heiße Wahlkampfphase zu lassen, wird deutlich, wie eng die Zeitfenster für die Arbeit des Congress im Wahljahr sind.

In der Außen- und Sicherheitspolitik dürfte die Besatzungspolitik im Irak und der Kampf gegen den internationalen Terrorismus im Vordergrund stehen. Inzwischen sind mehr amerikanische Soldaten nach dem Ende des Krieges im Irak getötet worden als während der sechswöchigen, offiziellen Kampfhandlungen, so dass die Zweifel der Öffentlichkeit an der Strategie der Administration wachsen. Das kommt auch in Mei-nungsumfragen zum Ausdruck, die zunehmende Unzufriedenheit mit den Wiederauf-bauleistungen im Irak äußern. Parteipolitisches Konfliktpotenzial enthält auch der Umgang mit Geheimdienstinformationen zur Bedrohung durch irakische Massenver-richtungsprogramme im Vorfeld des Irak-Krieges, die offensichtlich bewusst manipu-liert wurden.

In der Wirtschafts-, Sozial- und Innenpolitik bestimmen die bisher nicht durchgesetz-ten oder zurück gestellten Gesetzgebungsvorhaben der Bush-Administration und der republikanischen Congress-Fraktionen die Prioritätenliste.

Bereits zum Ende der 1. Sitzungsperiode hatten die republikanischen Parteiführungen im Congress angekündigt, weiter auf die Verabschiedung des von den Demokraten im Senat blockierten Gesetzentwurfs zur Energiepolitik drängen zu wollen. Präsident Bush hat zudem in seiner *State of the Union*-Ansprache vom 20. Januar 2004 die dau-erhafte Festschreibung der beschlossenen Steuersenkungen zu einem Schwerpunkt erklärt.

In der Sozialpolitik stehen neben Vorschlägen zur Einführung von individuellen Rentensparkonten zur Modernisierung des Alterssicherungssystems sowie der Förderung kirchlich-religiöser Sozialarbeit vor allem gesundheitspolitische Initiativen im Vordergrund. Zum einen will Bush die Begrenzung von Schmerzensgeldzahlungen bei medizinischen Behandlungsfehlern noch vor den Wahlen durchsetzen; zum anderen will er verstärkt für einen Ausbau von Steuerförderungen für die individuelle Krankenversicherung (*refundable tax credits*) werben, um der steigende Nichtversicherung entgegen zu wirken.

Mit dem Vorschlag, allen illegal sich in den USA aufhaltenden Ausländern eine Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, sofern sie einen Arbeitsplatz nachweisen können, der nicht mit inländischem Personal zu besetzen ist, knüpft Bush an eine frühere Initiative an, die unter den Vorzeichen der Terroranschläge von 2001 zurück gestellt worden war.

Bushs Vorstoß zur Immigrationspolitik rief allerdings in den Reihen der Republikaner erhebliche Vorbehalte hervor und wird – zum jetzigen Zeitpunkt – als taktisches Manöver gegenüber dem wachsenden Wählerblock der *Hispanic Americans* betrachtet. Generell scheinen angesichts der näherrückenden Wahlen und der wachsenden Haushaltsdefizite die politischen Gestaltungsspielräume und die Durchsetzungschancen für die meisten der propagierten Gesetzesvorhaben gering, sodass die Initiativen zunächst primär zur Schärfung des eigenen Profils dienen.

Von Seiten der Demokraten ist zu erwarten, dass sie die Akzente auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen legen werden, die sich um das Problem der „*jobless recovery*“ zentrieren. Zudem deuten die Vorschläge der Bewerber um die Präsidentschaftsnominierung an, dass die Opposition mit Blick auf die aktuellen Interessen und Sorgen der Wähler die Gesundheitspolitik in den Vordergrund rücken will.

#### **4. Demokratischer Abgeordneter wechselt zur republikanischen Fraktion**

Der demokratische Abgeordnete Ralph M. Hall (Tx.) hat am 2. Januar 2004 seinen Übertritt in die republikanische Repräsentantenhausfraktion erklärt.

Hall, der fast 25 Jahre seinen texanischen Wahlkreis als Demokrat repräsentiert hatte, begründete seinen Schritt mit dem Schutz der Interessen seiner Wähler, die er nach seiner Einschätzung als Mitglied der republikanischen Fraktion effektiver vertreten kann. Zudem bekannte der achtzigjährige Abgeordnete offenherzig, er könne als Kandidat der Republikanischen Partei leichter wiedergewählt werden.

Die republikanische Führung des Repräsentantenhauses und Präsident Bush begrüßten Halls Entscheidung nachdrücklich. Hall ist ein persönlicher Bekannter Präsident Bushs und langjähriger Freund der Bush-Familie. Demokratische Fraktionskollegen äußerten sich zu dem Parteiwechsel nicht.

Der Parteiwechsel Halls schwächt nicht nur den konservativen (Südstaaten-)Flügel der Demokratischen Partei weiter, der seit den späten 1970er Jahren zusehends an Gewicht und Bedeutung verloren hat. Im Kontext des Trends einer wachsenden Stärke der Republikanischen Partei in den historischen Südstaaten der USA verringert er auch die Chancen der Demokraten, die Mehrheit im Repräsentantenhaus zurückzugewinnen.

In Folge des Übertritts hat sich der Vorsprung der Republikaner vor den Demokraten auf nunmehr 25 Sitze erhöht (siehe Punkt 0.).

## **5. Präsidentschaftswahlen: Kerry überrascht in Iowa und New Hampshire**

Senator John F. Kerry (Mass.) hat in den Iowa Caucuses und der New Hampshire Primary (vgl. Punkt 6) Ende Januar 2004 mit großem Vorsprung zwei Überraschungssiege über seine Konkurrenten um die Nominierung als demokratischer Präsidentschaftskandidat errungen.

Kerry, dessen Kampagne noch vor kaum zwei Wochen von den meisten Beobachtern und Kommentatoren als Fehlschlag abgeschrieben worden war, erzielte in den Parteiversammlungen in Iowa einen Stimmanteil von ca. 38 Prozent und in den Vorwahlen in New Hampshire einen Anteil von ca. 39 Prozent. Damit stellte er innerhalb von nur einer Woche den demokratischen Vorwahlkampf buchstäblich auf den Kopf und etablierte sich als aussichtsreichster Bewerber.

Howard Dean (Vt.), der nach Meinungsumfragen wie den eingeworbenen Spenden bis vor kurzem als der unangefochtene Favorit galt, brach in Iowa mit ca. 18 Prozent der Stimmen ein und erreichte nur den dritten Platz. In New Hampshire konnte Dean den zweiten Platz behaupten, lag jedoch mit ca. 25 Prozent deutlich hinter Kerry.

Dick Gephardt (Mo.), der aufgrund der Unterstützung der Gewerkschaften in Iowa als schärfster Konkurrent Deans galt, wurde mit knapp 11 Prozent auf Platz vier verwiesen und gab unter dem Eindruck seines schlechten Abschneidens seine Kandidatur auf. Seine Niederlage gilt im Zusammenspiel mit Deans Einbrechen als schwerer Rückschlag für den Einfluss der Gewerkschaften in der Demokratischen Partei.

Als zweiter Überraschungssieger präsentierte sich in Iowa Senator John Edwards (N.C.), der sich mit ca. 32 Prozent der Stimmen noch vor Dean und Gephardt plazierte. In New Hampshire fiel Edwards jedoch mit ca. 12 Prozent auf den vierten Platz zurück.

General a.D. Wesley Clark, der in den *Iowa Caucuses* nicht angetreten war, erreichte in New Hampshire mit ca. 12 Prozent der Stimmen und einem knappen Vorsprung vor Edwards noch einen Platz auf dem Siegerpodest. Er konnte allerdings nicht von dem dramatischen Meinungsumschwung unter den demokratischen Vorwählern profitieren.

Senator Joe Lieberman (Conn.), der ebenfalls Iowa übersprungen hatte, fiel in New Hampshire mit ca. 9 Prozent weit zurück, will aber ungeachtet seiner früheren Ankündigungen zu einem schlechten Abschneiden in der ersten Vorwahl noch nicht aus dem Wettbewerb aussteigen.

Dennis Kucinich (Ohio) und Al Sharpton bleiben unbeschadet ihrer zu vernachlässigenden Stimmenanteile ebenfalls im Rennen. Carol Moseley-Braun hatte ihre Kandidatur kurz vor den *Iowa Caucuses* aufgegeben und sich für die Wahl Deans ausgesprochen.

Der Hintergrund der unerwarteten Wende in den demokratischen Vorwahlen scheint vor allem die Fokussierung der demokratischen Basis auf die Chancen ihres Kandidaten zu sein, sich in den Wahlen im November gegen Präsident Bush durchsetzen zu können.

Dean und Gephardt hatten ihre Kampagnen primär auf die starken Ressentiments der demokratischen Wähler gegen die Politik der Bush-Administration ausgerichtet. Während Dean seinen populistischen Appeal vor allem auf die Außen- und Sicherheitspolitik konzentrierte, hatte Gephardt versucht, in ähnlicher Weise gegen die Wirtschafts- und Handelspolitik Bushs zu mobilisieren.

Kerry und Edwards betonten mit ihrer differenzierteren Kritik an Bush und ihrem in der Form positiveren und geschliffeneren Auftreten bewusst ihre Attraktivität für Wähler der politischen Mitte. Unter den veränderten Vorzeichen erwies sich dieser anfänglich nachteilige Präsentationsstil als Erfolgsrezept.

Für Clark und Lieberman, die noch stärker ihre zentristische Positionen und ihre Wählbarkeit mit Blick auf außen- und sicherheitspolitische Fragen herausgestrichen hatten, erwies sich das Nichtantreten in Iowa angesichts der skizzierten Entwicklung als strategischer Fehler.

Allerdings erhoffen sich Clark und Lieberman ebenso wie Edwards in den anstehenden Vorwahlen und Parteiversammlungen im Süden und Westen der USA (vgl. Punkt 7), die gegenüber dem linksliberalen Terrain im Nordosten eine Akzentuierung des zentristischen Elements in der Demokratischen Partei in Aussicht stellen, bessere Erfolgchancen für ihre Kandidaturen.

Die Finanzkraft wie der organisatorische Rückhalt der Dean-Kampagne erlauben es dem früheren Gouverneur vorerst, seinen Wahlkampf ohne sichtbare Einschränkungen fortzusetzen und die Möglichkeiten eines *Comebacks* mit Hilfe eines in der Sache wie im Auftreten disziplinierteren Stils auszuloten.

Kerry, dessen Finanznöte und Schwierigkeiten bei der Formierung eines schlagkräftigen Wahlkampfteams der Vergangenheit anzugehören scheinen, sieht sich nun mit der kritischen Aufmerksamkeit konfrontiert, die Medien und Wähler traditionell dem de-

signierten Favoriten zukommen lassen. Seine öffentlichen Auftritte nach den beiden Siegen haben mit gewachsenem Selbstvertrauen und konzentrierter Entschlossenheit genau in dieser Hinsicht einen starken Eindruck hinterlassen.

Bemerkenswert und positiv für die Demokratische Partei ist, dass sich alle Kandidaten ungeachtet der sich überschlagenden Ereignisse in der Kritik an ihren Konkurrenten sichtlich zurück gehalten haben und demonstrativ Respekt für ihre Mitbewerber bekundeten. Wenngleich die neue Freundlichkeit unter den Kandidaten auch durch taktisches Kalkül bedingt ist, scheint die Gefahr einer Selbstzerfleischung der Partei damit vorerst gebannt.

## 6. "Primaries" und "Caucuses" im US-Wahlsystem

Die Nominierung von Kandidaten durch öffentliche Verfahren mit breiter Wählerbeteiligung ist eine Besonderheit des US-Wahlsystems, die auf Forderungen des *Progressive Movement*, einer Reformbewegung des frühen 20. Jahrhunderts, zurückgeht. Die Reformbestrebungen der *Progressives* richteten sich gegen die Kontrolle der Kandidatenauswahl durch klientelistisch-korrumpierte '*local party machines*' und '*party bosses*', deren Einfluss durch Offenheit und Transparenz beschränkt werden sollte. Entsprechende Reformen des Auswahlverfahrens wurden in den Einzelstaaten zwischen 1903 (Wisconsin) und 1955 (Connecticut) schrittweise auf den unteren Ebene des Wahlsystems eingeführt. In den Präsidentschaftswahlen erfolgte die demokratisch-partizipatorische Neuorganisation des Nominierungsverfahrens allerdings erst in Reaktion auf die Protestbewegungen der 1960er Jahre, wenngleich einzelne Staaten bereits zuvor (unverbindliche) Vorwahlen (*beauty contests*) abgehalten hatten.

Da Wahlgesetze der Einzelstaaten, die Satzungen der Parteien ebenso wie Entscheidungen des *Supreme Court* die konkrete Ausgestaltung der *primaries* (Vorwahlen) und *caucuses* (Parteiversammlungen) regeln, gibt es kein national einheitliches oder verbindliches Vorwahlsystem. Statt dessen bestimmt eine kaum überschaubare Vielfalt von Variationen auf verschiedene Grundtypen das Bild, die zwischen den Wahlen häufig geändert und umgestaltet werden. Das Grundmuster der Nominierung in der Demokratischen und der Republikanischen Partei ist die Auswahl von Delegierten in den Einzelstaaten, die auf nationalen Parteikonventen (*party conventions*) im Sommer des Wahljahres die Präsidentschaftskandidaten küren.

Die *Reform Party* des früheren unabhängigen Präsidentschaftskandidaten Ross Perot (1992, 1996) hat demgegenüber 2000 ihren Kandidaten (Pat Buchanan) in einem direkten nationalen Verfahren bestimmt.

Die Grundalternative zur Bestimmung der Delegierten für die Nominierungsparteitage bilden die genannten Vorwahlen und Parteiversammlungen. Die *direct primary*, die Parteivorwahl im engeren Sinn, ist ein zu den Hauptwahlen analoges Verfahren, in

---

dem wahlberechtigte Bürgerinnen und Bürger für Parteidelegierte stimmen, die für die einzelnen Kandidaten antreten.

Die Hauptvarianten dieser Auswahlmethode sind *open* und *closed primaries*. In *open primaries* (offene Vorwahlen) entscheiden die Wähler am Wahltag, an welcher Parteivorwahl sie teilnehmen wollen, wobei die Entscheidung in einigen Staaten geheim bleibt. Aus der Sicht der Parteien eröffnet diese Variante zwar Chancen einer breiten Einbindung von Wählern, birgt jedoch die Gefahr, dass Anhänger der jeweils anderen Partei Einfluss auf die Kandidatenauswahl nehmen.

In *closed primaries* wird deswegen die Stimmabgabe an die vorherige Registrierung als Anhänger einer Partei gebunden. Die Übergänge zwischen *open* und *closed primaries* sind in der Praxis jedoch fließend; in einigen *closed primary states* können die Wähler noch am Wahltag ihre Parteiregistrierung ändern.

Die insbesondere von kleineren Staaten wie Iowa häufig vorgezogene Alternative zu den Vorwahlen sind *party caucuses*, die Auswahl der Delegierten durch ein zumeist mehrstufiges Verfahren, dessen Basis lokale Versammlungen von Parteianhängern sind. Diese Versammlungen stehen wiederum allen selbst deklarierten Parteianhängern offen und finden in Schulen, Gemeindezentren oder auch Privathäusern statt. Insofern die Parteizusammenkünfte heute in einer transparenten und öffentlichen Form abgehalten werden, die in der Regel allen interessierten Parteianhängern eine Beteiligung ermöglicht, genügen sie ebenfalls demokratisch-partizipatorischen Standards, wenngleich sie stärker auf die Parteiorganisation ausgerichtet bleiben.

Die Verteilung der Delegierten auf die Präsidentschaftskandidaten orientiert sich in der Demokratischen Partei an dem jeweils erzielten Stimmenanteil (Proporzprinzip), wobei jedoch häufig Mindestquoten von 15 Prozent oder mehr für die Berücksichtigung bei der Zuteilung gelten. Die Republikaner halten dagegen meistens an dem traditionellen Mehrheitsverfahren (*winner takes all-rule*) fest.

Die Demokraten haben zudem Ende der 1980er Jahre wieder ex-officio-Delegierte (*superdelegates*) eingeführt, zu denen Senatoren, Abgeordnete, Gouverneure, die Mitglieder des *Democratic National Committee* (DNC) sowie eine Reihe weiterer Parteifunktionäre gehören. Diese Delegierte, die an keinen Kandidaten gebunden sind, machen ca. 20 Prozent der Gesamtzahl aus und sollen den Einfluss der Parteiorganisation stärken.

Durchschnittlich beteiligen sich ca. 10 Prozent der Wahlberechtigten an den Vorwahlen. In den „Caucus-Staaten“ liegt die Beteiligung zumeist deutlich niedriger. Aufgrund der unterschiedlichen Bedingungen konzentrieren sich die Kampagnen der Kandidaten in Staaten mit Vorwahlen auf Werbung über die Medien, während in „Caucus-Staaten“ herkömmlich die eigene Organisation und Präsenz sowie die Kooperation mit politisch aktiven Verbänden im Vordergrund steht.

---

Der Zeitplan der Primaries und Caucuses (vgl. Terminübersicht Punkt 7) hat sich seit den frühen 1970er Jahren zusehends vom Frühsommer auf das Frühjahr bzw. den Jahresbeginn vorverschoben.

Der Hintergrund für das *Frontloading* ist der Wettbewerb der Parteiorganisationen der Einzelstaaten um höheren Einfluss und Medienaufmerksamkeit im Prozess der Kandidatenauswahl, die in der Regel den frühen Vorwahlen und Parteiversammlungen zugeschrieben wird.

Neben den traditionell ersten *Caucuses* in Iowa und der ersten *Primary* in New Hampshire haben in den letzten Wahljahren regional abgestimmte Vorwahlen an Bedeutung gewonnen.

Der *Super Tuesday*, der mittlerweile auf Anfang März vorgezogen worden ist, fasst die Vorwahlen einer Reihe größerer Südstaaten zusammen. *Junior Tuesday* bzw. die *Yankee Primary* eine Woche zuvor bündeln die Vorwahlen wichtiger Staaten des Nordostens und Kaliforniens. Aufgrund des Vorziehens zahlreicher Vorwahlen und Parteiversammlungen stehen in der Regel bereits Mitte März die Kandidaten beider Parteien fest.

Zum Nominierungskonvent der Demokraten in Boston (Mass.) im Juli 2004 kommen insgesamt 4322 Delegierte zusammen, zum Parteitag der Republikaner in New York im August/September 2509 Delegierte.

## 7. Anhang: Terminüberblick Demokratische Primaries und Caucuses 2004

<i>Präsidentschaftsvorwahlen 2004 :</i> <i>Terminüberblick Demokratische Primaries und Caucuses *</i>		
Staat	Primary	Caucus
<b>Januar</b>		
Iowa		19.1.04
New Hampshire	27.1.04	
<b>Februar</b>		
Arizona	3.2.04	
Delaware	3.2.04	
Missouri	3.2.04	
New Mexico		3.2.04
North Dakota		3.2.04
Oklahoma	3.2.04	
South Carolina	3.2.04	
Democrats Abroad		6.-9.2.04
Michigan		7.2.04
Washington		7.2.04
Maine		8.2.04
Tennessee	10.2.04	
Virginia	10.2.04	
Washington, DC		14.2.04
Nevada		14.2.04
Wisconsin	17.2.04	
Hawaii		24.2.04
Idaho		24.2.04
Utah	24.2.04	
<b>März</b>		
California	2.3.04	
Connecticut	2.3.04	
Georgia	2.3.04	
Maryland	2.3.04	
Massachusetts	2.3.04	
Minnesota	2.3.04	
New York	2.3.04	
Ohio	2.3.04	
Rhode Island	2.3.04	
Vermont	2.3.04	
American Samoa		8.3.04
Florida	9.3.04	
Louisiana	9.3.04	
Mississippi	9.3.04	
Texas	9.3.04 (Primary/Caucus kombiniert)	
Kansas	13.3.04	

Illinois	16.3.04	
Arkansas		20.3.04
Guam		20.3.04
Wyoming		20.3.04
<b>April</b>		
Colorado		13.4.04
Virgin Islands		17.4.04
Pennsylvania	27.4.04	
<b>Mai</b>		
Indiana	4.5.04	
North Carolina	5.4.04	
Nebraska	11.5.04	
West Virginia	11.5.04	
Arkansas	18.5.04	
Oregon	18.5.04	
Kentucky	18.5.04	
<b>Juni</b>		
Alaska	1.6.04	
South Dakota	1.6.04	
Puerto Rico		6.6.04
Montana	8.6.04	
New Jersey	8.6.04	
<b>Juli</b>		
Boston (Mass.)	26.-29.7.04	Democratic National Convention

\* Präsident Bush bewirbt sich ohne Gegenkandidat um die republikanische Nominierung

Quelle: Federal Election Commission (<http://www.fec.gov>)

### *Erratum:*

Auf Seite 4 des Congress Report 12/2003 muss in der 17. Textzeile die Formulierung „-Energy and Water Development“ ersetzt werden durch: “- Foreign Operations”